Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Ordnungsbehörde

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0273/2019
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr	25.06.2019	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Beschilderung Fußgängerzone für Radfahrende

Beschlussvorschlag:

Die Beschilderung der Fußgängerzone für Radfahrende wird wie vorgeschlagen umgesetzt.

Sachdarstellung / Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 26.03.2019 wurde in Verbindung mit der zeitlich und räumlich eingeschränkten Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr beschlossen, dass die von der Polizei ermittelten Mängel in der Beschilderung behoben werden müssen.

Eine konkrete Benennung der Polizei von Mängeln in der Beschilderung liegt nicht vor. Die Anordnung der bestehenden Beschilderung erfolgte in enger Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde. Auch eine nochmalige Prüfung in einer gemeinsamen Verkehrsbesprechung mit der Kreispolizeibehörde ergab, dass bereits jetzt eine rechtlich haltbare, den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung entsprechende Beschilderung vorliegt, die die Ahndung von Verstößen zulässt.

Unabhängig davon ist das Problem der Verständlichkeit und der Wahrnehmung der Beschilderung zu sehen. Die Umsetzung der beschlossenen Regelung nach den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung ist leider nicht auf einfachem und leicht verständlichem Wege möglich. Dennoch wurde nochmals überlegt, ob neben den beschlossenen Informationsmaßnahmen eine dahingehende Verbesserung der Beschilderung möglich ist, dass die zeitlichen Einschränkungen deutlicher werden.

Eine besonders verwirrende Beschilderung existiert derzeit bei der Einfahrt Trotzenburgweg Richtung Hauptstraße und Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße Richtung Hauptstraße. Am Trotzenburgweg ist am Beginn der Fußgängerzone in Höhe Post beschlussgemäß die Beschilderung „Radfahren frei“ angebracht. 25 m weiter folgt dann im Bereich der Außengastronomie von Merzenich das Verbotsschild für Radfahren zwischen 11.00 und 17.00 Uhr, da man dort auf die Hauptstraße trifft. In diesen 25 m wird sich zudem zukünftig noch Außengastronomie von Extrablatt befinden. Die Änderung der Regelung innerhalb dieser kurzen Strecke ist für den Radfahrenden nicht wahrnehmbar und zudem vollkommen unverständlich, da das Fahren im Bereich der Außengastronomie erlaubt ist und dann verboten wird.

Eine vergleichbare Situation findet sich bei der Einfahrt in die Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße von der Stationsstraße. Dort ist zunächst Radfahren frei und in Höhe des Lindlar Hauses folgt das zeitlich eingeschränkte Verbot. Auch dies ist für den Radfahrenden nicht bzw. nur sehr schwer wahrnehmbar. Zum einen ist die zeitlich uneingeschränkt freie Strecke auch hier nicht sehr lang und zum anderen rechts und links durch Außengastronomie in der Breite deutlich eingeschränkt.

Es wird daher vorgeschlagen, diese beiden kurzen Teilstücke zum Zwecke der Vereinfachung und Erkennbarkeit und vor allem der Verständlichkeit der Beschilderung mit in die zeitliche Einschränkung einzubeziehen. Diese Lösung korrespondiert zudem mit den zusätzlichen Fahrradabstellanlagen, die genau jeweils an dem dortigen Beginn der Fußgängerzone geplant sind.

Gleichzeitig soll dann an den beiden Einfahrten die Beschilderung Fußgängerzone mit der Ergänzung „Radfahren frei 17.00 bis 11.00 Uhr, Schritttempo“ beidseitig angebracht werden.

Eine entsprechende beidseitige Beschilderung Fußgängerzone mit Ergänzung „Radfahren frei 17:00 bis 11.00 Uhr, Schritttempo“ soll ebenfalls in der Hauptstraße in Höhe der Buchhandlung Thalia erfolgen und das bisherige dortige Verbotsschild ersetzen. Dort stoßen die uneingeschränkt befahrbaren Bereiche der Poststraße und der unteren Fußgängerzone Richtung Driescher Kreisel aufeinander. Durch die Positionierung der Beschilderung mit der zeitlichen Einschränkung an dieser Stelle ist die uneingeschränkte Durchfahrt durch die Poststraße gewährleistet.

Eine weitere entsprechende Ergänzung ist für die Einfahrt in den Bereich der Fußgängerzone aus der Busspur kommend vorgesehen.

Diese Maßnahmen sollen die Erkennbarkeit der Regelung verbessern und diese insbesondere verständlicher machen.